

Dokumentation

„Walden Bello – Von Krise zu Krise“

10. Mai 2012 in der Diplomatischen Akademie Wien



@Patricia Gapp

Die Dokumentation wurde zusammengestellt und editiert von

Valentin Schwarz und Martina Neuwirth

Martina Neuwirth: Ich begrüße Sie zur Veranstaltung des VIDC zum Thema Finanzkrisen. Wir wollen heute auch ein bisschen zurück in die Geschichte gehen, uns nicht nur die derzeitige globale Finanzkrise, in der wir gerade stecken, ansehen, sondern auch welche Krisen es vor der globalen Finanzkrise und außerhalb Europas gab.

Mein Name ist Martina Neuwirth, ich arbeite am Wiener Institut-VIDC und bin für den Bereich „Internationale Wirtschaft und Finanzpolitik“ zuständig. Ich werde Sie heute als Moderatorin begleiten.

Zuerst möchte ich Ihnen einige organisatorische Details näherbringen: Die Veranstaltungssprachen sind heute Deutsch und Englisch. Walden Bello wird seinen Vortrag auf Englisch halten und Jürgen Kaiser und Kunibert Raffer werden dann seine Rede auf Deutsch kommentieren. Sie können in der anschließenden Diskussion Ihre Fragen auf Deutsch oder Englisch stellen und ich möchte mich bei dieser Gelegenheit auch gleich bei unseren DolmetscherInnen Gabriele Gallo und Thomas Musil bedanken.

Mein Dank gilt auch der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, der Austrian Development Agency, die die heutige Veranstaltung finanziell unterstützt. Ein herzliches Dankeschön an meine Kolleginnen und Kollegen vom VIDC, die mich bei der Vorbereitung dieser Veranstaltung tatkräftig unterstützt haben.

Ich möchte nun gerne unsere heutigen Podiumsgäste vorstellen und bedanke mich ganz herzlich für ihr Kommen.

Walden Bello ist Träger des Alternativen Nobelpreises, er ist Autor, Wissenschaftler, politischer Kommentator und Abgeordneter im philippinischen Parlament für die Akbayan-Partei. Walden Bello ist unter anderem Gründungsdirektor der Nichtregierungsorganisation „Focus on the Global South“. Er war als Professor für Soziologie und öffentliche Verwaltung an der „University of the Philippines“ tätig, ist Mitarbeiter des „Transnational Institute“ in Amsterdam und Vorstandsmitglied des „International Forum on Globalization“. Walden Bello ist auch journalistisch tätig, unter anderem als Kolumnist für „Foreign Policy in Focus“ mit Sitz in Washington. Nach seinem Universitätsabschluss in Princeton in den USA unterrichtete Walden Bello an verschiedenen Universitäten. Derzeit ist er Gastprofessor an der Binghamton University in New York und von dort ist er auch angereist. Abschließend nur eine kurze Literaturangabe: Walden Bello hat zahlreiche Artikel und Bücher geschrieben. Einige davon sind auch auf Deutsch übersetzt worden, wie etwa „Die Politik des Hungers“ (2010) oder „Deglobalisierung – Widerstand gegen die neue Weltordnung“ (2005).

Ebenfalls zu meiner Rechten: Jürgen Kaiser aus Essen in Deutschland. Er ist politischer Koordinator von „erlassjahr.de“, einem Ende der 1990er Jahre gegründeten Bündnis von über 700 deutschen Organisationen. Jürgen Kaiser ist von der Ausbildung her Regionalplaner und Geograph, aber er beschäftigt sich schon seit mehr als zwanzig Jahren mit der Verschuldungsproblematik und den sich daraus ergebenden diversen Schuldenregulierungen. Jürgen Kaiser ist führend an der Erstellung eines jährlichen Schuldenreports beteiligt, der sich 2012 – wie ich denke für den heutigen Abend sehr passend – dem Thema „1982 bis 2012 – Dreiðig Jahre Schuldenkrise“ widmet.

Zu meiner Linken Kunibert Raffer aus Wien. Er ist außerordentlicher Professor am Institut für Volkswirtschaftslehre an der Universität Wien und vertritt bereits seit 1987 sein Konzept eines

ans Chapter 9 der USA angelehnten Insolvenzverfahrens für Staaten. Darüber werden wir heute sicherlich noch mehr erfahren. Seit 2002 ist er Senior Associate der „New Economics Foundation“ in London, seit 2010 Honorarprofessor der „Universidad Nacional de Río Negro“ in Argentinien. Auch über Argentinien werden wir heute vielleicht noch reden. Sein Forschungsschwerpunkt umfasst die Bereiche internationaler Handel, internationale Finanzen und Entwicklungshilfe.

Was Sie vorhin vielleicht auf der Leinwand mitverfolgt haben war ein eineinhalbminütiger Film des österreichischen Künstlers Oliver Ressler mit dem Titel „Robbery / Raub“. Oliver Ressler verknüpft, wie er auf seiner Homepage schreibt, dabei die Plünderungen, die in Großbritannien im August 2011 stattfanden, mit den „Plünderungen der Staatskassen, die Regierungen zahlreicher Staaten seit 2008 zur Rettung der Banken und der Wirtschaft unternommen haben.“ Auf Spanisch heißt Plünderung „saqueo“ und der Dokumentarfilm „Memoria del saqueo“, auf Deutsch „Chronik der Plünderung“, des bekannten argentinischen Regisseurs Fernando Solanas beginnt und endet am Höhepunkt der argentinischen Finanzkrise 2001. Nach dem Einfrieren der Bankkonten gab es damals Massendemonstrationen, Plünderungen der Supermärkte waren an der Tagesordnung. Auch Solanas vergleicht wie Oliver Ressler die Plünderungen der Supermärkte mit der Plünderung des Landes durch die Folgen der neoliberalen Wirtschaftspolitik der 1990er Jahre durch Präsident Menem. Die Finanzkrise hatte katastrophale soziale Folgen für Argentinien. Über die Hälfte der Bevölkerung sank unter die offizielle Armutsgrenze, Arbeitslosigkeit und soziale Ungleichheit erreichten historische Rekordmarken. Argentinien war schwer verschuldet und stellte die Zahlungen dann 2011 ein. Es konnte in langen, zähen Umschuldungsverhandlungen einen Schuldennachlass von 75 Prozent erreichen, aber das dauerte sehr lange. Die letzte Runde der Umschuldungsverhandlungen war erst 2010 zu Ende, also acht oder neun Jahre nach dem Beginn der Finanzkrise.

Als dritten Künstler möchte ich kurz den Schriftsteller Kurt Tucholsky zitieren, der 1931 schrieb: „Jede Wirtschaft beruht auf dem Kreditsystem, das heißt also der irrtümlichen Annahme, der Andere würde gepumptes Geld zurückzahlen. Tut er das nicht, so erfolgt eine sogenannte Stützungsaktion, bei der alle bis auf den Staat gut verdienen. Solche Pleiten erkennt man daran, dass die Bevölkerung aufgefordert wird, Vertrauen zu haben. Weiter hat sie dann ja auch meist nichts mehr.“ Im Jahr 1931 erklärte übrigens die österreichische Creditanstalt ihre Zahlungsunfähigkeit und löste damit eine Reihe weiterer Banken- und Wechselkurskrisen rund um den Globus aus. Das Kreditinstitut wurde in der Folge mit staatlicher Hilfe vor dem Ruin gerettet.

Wir sehen also: Finanz- und Schuldenkrisen sind kein neues und vor allem kein seltenes Phänomen. Vor allem seit den 1970er Jahren erfolgte mehr oder weniger weltweit ein Staccato an Finanzkrisen, in Japan, in Mexiko, in den afrikanischen Ländern. 1997/98 folgte die schwere Asienkrise, auf die Walden Bello heute noch eingehen wird, danach kriselte es in Russland und Kolumbien, schließlich 2001 in Argentinien und 2002 in Uruguay. Danach kehrte ein paar Jahre Ruhe ein, bis 2007 die globale Finanzkrise ihren Ursprung in den USA nahm und mit voller Wucht auch Europa getroffen hat. Krisen sind also kein neues Phänomen, sie dauern lange und ziehen unerhörte Kosten für die betroffenen Staaten nach sich, auch soziale Kosten. Erst Ende April hat die Internationale Arbeitsorganisation bekanntgegeben, dass die Arbeitslosigkeit weltweit steigt, vor allem unter jungen Menschen, und zwar in 80 Prozent der Industrieländer und in zwei Drittel der sogenannten Entwicklungsländer. Es handelt sich daher um ein weltweites Phänomen, das nicht nur auf Europa begrenzt ist.

Wir müssen uns also fragen: Sind Krisen ein fester Bestandteil unseres Wirtschaftssystems? Sind sie vermeidbar? Reagieren wir falsch? Sind wir lernresistent, was Krisen betrifft? Und warum wappnen wir uns eigentlich nicht besser gegen die negativen Auswirkungen dieser Krisen? Wie sollte in der Krisenbekämpfung vorgegangen werden? Wer sollte die Lasten tragen? Wer bestimmt, wer welche Lasten trägt? Was mich dann schließlich auch zur Frage führt – und damit komme ich gleich zu Walden Bello, der, wie ich gesagt habe, auch ein demokratisch gewählter Abgeordneter ist: Wieviel Krise verträgt die Demokratie eigentlich? Und wieviel Demokratie verträgt die Krise?

Mit diesen Worten möchte ich gleich an Walden Bello überleiten und würde Sie um Ihren Vortrag bitten.

Walden Bello: Thank you. I'm very happy to be here today and with you, with friends.

So I think I should begin by revisiting some of the explanations advanced by some quarters for two of our historic economic crises in Asia. The economic stagnation in Japan which began in the early 1990s, was attributed by many experts to be a crisis of the model of state-led capitalism, which was not said to be an effective engine for a mature economy, which was said to necessitate more market freedom.

Then there was the Asian financial crisis of 1997 and 1998. According to Larry Summers, the US Undersecretary of the Treasury, the root of the crisis was what he called "crony capitalism," which had created non-transparent structures based on gaining inordinate advantage for a few interest groups that had special connections with the state. Again, the solution was supposed to be greater exposure to market forces.

From the perspective of today's crises in Europe and the US, it is now clear that the two Asian crises were moments in the unfolding of a generalized crisis of capitalism that had its immediate cause in the liberation of the financial sector that had been going on since the Reagan-Thatcher era in the early 1980s.

In Japan, finance capital seeking high returns flooded the stock market and real estate market, bringing about a speculative crash that dragged down the real economy to a condition of long-term stagnation which is very much illustrated by the graphics showing Japanese House Prices over here. The property market and the Japanese economy as a whole have not yet really recovered from that crash.

In Southeast Asia and South Korea, pressure from global financial capital exerted via the International Monetary Fund (IMF) forced these countries to liberalize their capital account. Global finance wanted a piece of the then on-going "Asian Miracle" and it was determined to get it. \$100 billion in speculative capital entered these countries between 1994 and 1997, going mainly to areas that would yield a high and quick return, meaning real estate and the stock market. The photo shows Indonesian president Suharto agreeing to the conditions of the IMF for a bail-out of his economy and IMF chief Michel Camdessus standing over him. This photo, by the way, was probably the most significant political photo of the century since it caused the crash of the Suharto regime.

Naturally, overinvestment in these areas brought about the collapse of prices, leading to massive panic, which saw investors take out \$100 billion in a few weeks in the summer of 1997, bringing about the collapse of the real economy. Some 20 million Indonesians and 1 million Thais saw their incomes plunge below the poverty line in just a few weeks.

So, unlike the situation then, when people like Larry Summers [*US finance minister, 1999-2001*] tried to shift the blame to the state's role in the economy, there is no longer any doubt that it was the liberation and lack of regulation of speculative capital that brought the Asian economies to their knees and banished the prospect that the 21st century would be the so-called "Pacific Century".

I think, however, that while the liberation of finance capital is certainly the proximate cause of the string of crises we have had, it is not the root cause. If we want to locate the fundamental cause of the crisis, we need to look at the dynamics of capitalism as a mode of production. The unrestrained mobility of finance capital that many analysts identify as the central factor in the crisis is actually a symptom of a more fundamental and comprehensive crisis: the crisis of overproduction.

Overproduction or overaccumulation is the tendency of capital to amass tremendous productive capacity that outstrips the population's capacity to consume owing to, among other causes, persistent economic inequality, where a great number of people are not really integrated into the market because of the absence of what Keynes called "effective demand." One cannot understand the current crisis without taking into account the earlier, deep economic crisis of the international economy in the mid-1970's to the early 80s. These years saw the end of the post-war boom – also known as the "Golden Age" – that had been triggered by the pent-up demand from the Second World War and the reconstruction of Japan and Europe. That long boom added significant new industrial capacity while persistent inequality eventually restrained the growth of effective demand. Overproduction led to a crisis of profitability. The crisis of overproduction or overaccumulation of that period manifested itself in a phenomenon known as "stagflation" or the simultaneous existence of stagnation and inflation, something that orthodox economics said was not supposed to happen.

So how did capitalism try to solve the crisis of overproduction? There were three "escape routes" available to capital to surmount the crisis of profitability of the 70s:

The first was neoliberal restructuring, which sought to liberate capital from state regulation and roll back wages by tearing up the capital-labor compromise that had served as the social basis of the Keynesian social democratic growth regime during the post-war boom.

The second escape route was globalization, or the integration of semi-capitalist, pre-capitalist, and non-capitalist areas into the capitalist world system. As Rosa Luxemburg argued in the early 20th century, such strategies serve to raise the rate of profit by allowing capital to exploit new markets, superexploit new workers drawn from the countryside or precapitalist societies, gain control of natural resources, and access new investment outlets. The main non-capitalist area integrated into the international market during the last 30 years was China.

The third escape route was "financialization".

Now, restructuring or structural adjustment, globalization and financialization were key elements of the pro-market “Neoliberal Revolution” that swept aside the “Keynesian Consensus” that had rested on the principle that government management of markets was necessary to avert market failures.

The aim of structural adjustment, the first escape route, was to invigorate capital accumulation, and this was to be done by 1) removing state constraints on the growth, use, and flow of capital and wealth and 2) redistributing income from the poor and middle classes to the rich on the theory that the rich would then be motivated to invest and reignite economic growth. The problem with this formula was that in redistributing income to the rich, you were gutting the incomes of the poor and middle classes, thus restricting demand, while not necessarily inducing the rich to invest more in production. In fact, it could be more profitable to invest in speculation.

In fact, neoliberal restructuring, which was generalized in the North and South during the 1980s and 90s, had a poor record in terms of growth: Global growth averaged 1.1 per cent in the nineties and 1.4 in the eighties, whereas it averaged 3.5 per cent in the 1960’s and 2.4 per cent in the seventies, when state interventionist policies were dominant. Neoliberal restructuring could not shake off stagnation.

Why did globalization not surmount the crisis? The problem with globalization, the second escape route from stagnation, is that it exacerbated the problem of overproduction because it added to productive capacity. A tremendous amount of manufacturing capacity has been added in China over the last 25 years, and this has had a depressing effect on prices and profits. Not surprisingly, by around 1997, the profits of US corporations, which were vastly committed to China in terms of their operations, stopped growing. According to one calculation, using a certain indicator, the profit rate of the Fortune 500 went from 7.2 (in 1960 to 1969) to 5.3 (in 1980 to 1989) to 2.3 (in 1990 to 1999) to 1.3 (in 2000 to 2002).

By the end of the 1990’s, with excess capacity in almost every industry, the gap between productive capacity and sales was the largest since the Great Depression. So the current crisis is a crisis of the current phase of capitalism – a crisis of globalization or global economic integration.

Financialization as escape route: Given the limited gains in countering the depressive impact of overproduction owing to globalization, another mechanism became very critical to absorb surplus capital, and this was financialization. Now, in the ivory tower of neoclassical economics, the financial system is the mechanism by which the savers or those with surplus funds are joined with the entrepreneurs who are in need of their funds to invest in production. In the real world of late capitalism, the financial system rather than the process of production becomes the central mechanism of extracting profit or surplus.

Now why did finance become so critical? Because under conditions of overproduction and overaccumulation, investment in the real economy – in agriculture and industry and value-creating services – became less and less profitable as a means of absorbing surplus capital, necessitating an alternative mechanism of surplus absorption. Thus, investment became more and more focused on making money out of money, or squeezing value out of already created value.

Now this is not a new phenomenon. Our good friend [Karl Marx] had this to say in 'Capital': "To the possessor of money capital, the process of production appears merely as an unavoidable link, as a necessary evil for the sake of moneymaking. All nations with a capitalist mode of production are therefore seized periodically by a feverish attempt to make money without the intervention of the process of production." So the process of production is said to be a necessary evil in the process of making profit. I would say, a very very precise remark by our good friend here.

The result is an increased bifurcation between a hyperactive financial economy and a stagnant real economy. As one financial executive notes, "there has been an increasing disconnect between the real and financial economies in the last few years. The real economy has grown ... but nothing like that of the financial economy – until it imploded." What this observer does not tell us is that the disconnect between the real and the financial economy is not accidental, that the financial economy exploded precisely to make up for the stagnation owing to overproduction of the real economy.

One indicator of the super-profitability of the financial sector is the fact that 40 per cent of the total profits of US financial and nonfinancial corporations before the current crisis was accounted for by the financial sector although it is responsible for only 5 per cent of US gross domestic product (and even that is likely to be an overestimate). This just goes to show you how profits in manufacturing have declined whereas profits in finance have really increased in fact to overcome that of manufacturing. Again, these are US data.

But financialization as a means of absorbing surplus capital was illusory. Financial liberalization promoted investment mania in stocks, real estate and asset based derivatives that turned into speculative bubbles that collapsed when too much divergence emerged between the prices of assets and their real values. There have been some 100 financial crises since 1980, according to some estimates. The collapse of asset values during financial crises has almost always been followed by recession or stagnation in the real economy. Wall Street follies, in other words, have always led to a collapse on Main Street, as is the case at present.

I do not want to go into the dynamics of the current global crisis since that is contemporary history that most of you are already familiar with. I would now like to return to Asia.

China's tight control over its financial sector enabled it to escape the first phase of the global financial crisis in 2008. However, given its overdependence on exports to the US and Europe, it was dragged into the crisis of the real economy in these areas as consumer demand for imports plummeted. The idea - entertained by some economists - that East Asia, centered around production for and consumption in the Chinese economy, had become largely "decoupled" from the dynamics of the economies of the US and Europe was quickly banished. The swift transmission to Asia of the collapse of their key markets banished all talk about decoupling, that is, that Asia's economies had become "decoupled" from the US.

Instead of decoupled locomotives – one coming to a halt, the other chugging along on a separate track – the more accurate image of US-East Asia economic relations today is that of a chain gang, linking not only China and the United States but a host of other satellite economies, all of whose fates were tied up with the deflating balloon of debt-financed middle-class spending in the United States and, to some extent, in Europe.

China's growth in 2008 fell to 9 per cent, from 11 per cent a year earlier. About 20 million workers were laid off in late 2008 and early 2009, many of them heading back to the countryside where they will find little work. According to the International Labor Organization (ILO), "From India to China to Vietnam, large numbers of internal migrants have lost their jobs, generating a reverse migration to the countryside to look for employment." In response to the crisis, the Chinese Government said it would accelerate transition from export-led growth to expanding internal demand and set up a massive \$585 billion stimulus program directed primarily at increasing rural purchasing power. The stimulus was, in proportion to the size of the economy, much much bigger than Obama's paltry \$787 billion stimulus in the US. Thus it is not surprising that it reversed the slide not only of China's GDP but also that of most of East Asia's economies.

Nevertheless, the de facto orientation of economic policy in the short and medium term was to wait for recovery in the West (or North). There have been no discernible initiatives at the structural transformation of the economy to be domestic-demand centered. Indeed, China's growth, which analysts had hoped would serve as the stimulus for recovery in Europe and the US, has slowed down from 11 to 8 per cent in the first quarter of 2012.

Yu Yongding, an influential technocrat who served on the monetary committee of China's central bank, has this to say

: "With China's trade-to-GDP ratio and exports-to-GDP ratio already respectively exceeding 60 percent and 30 percent, the economy cannot continue to depend on external demand to sustain growth. Unfortunately, with a large export sector that employs scores of millions of workers, this dependence has become structural. That means reducing China's trade dependency and trade surplus is much more than a matter of adjusting macroeconomic policy."

The retreat back to export-led growth, rather than merely a case of structural dependency, reflects a set of interests from the reform period that, as Yu puts it, "have morphed into vested interests which are fighting hard to protect what they have." The export lobby, which brings together private entrepreneurs, state enterprise managers, foreign investors and government technocrats, is the strongest lobby in China.

In other words, simply allocating money to boost rural demand is unlikely to counteract the powerful economic and social structures created by subordinating the development of the countryside to export-oriented industrialization. These policies have contributed to greater inequality between urban and rural incomes and stalled the reduction of poverty in the rural areas. To enable the rural areas of China to serve as the launching pad for national and global recovery would entail a fundamental policy shift, and the government would have to go against the interests, both local and foreign, that have congealed around the strategy of foreign-capital-dependent, export-oriented growth. It would be a veritable revolution, given how deeply entrenched in the Chinese Communist Party are the interests served by a continuation of the old policy.

Beijing has talked a lot about a "New Deal" for the countryside over the last few years. But there are few signs that it has the political will to adopt policies that would translate its rhetoric into reality. So don't expect Beijing to save the global economy any time soon. Although the Financial Times and the Wall Street Journal still have that hope. Yu Yongding in fact claims that „China's growth pattern has now almost exhausted its potential“. The economy that most successfully rode the globalization wave, China, „has reached a critical juncture: without painful structural adjustments, the momentum of its economic growth could suddenly be lost. China's rapid

growth has been achieved at an extremely high cost. Only future generations will know the true price.”

Yu Yongding’s views coincide with those of analysts like Richard Heinberg, who see the crisis not only as an economic crisis stemming from financial deregulation, overaccumulation, and globalization. This school says that the economic crisis is not a stand-alone crisis. What we have is a fatal intersection of financial collapse, economic stagnation, global warming, the steady depletion of fossil fuel reserves, continuing population pressure, and agriculture reaching its limits. It represents a far more profound crisis than a temporary setback on the road back to growth. It portends not simply the end of a boom but of the paradigm of global growth driven fundamentally by fossil-fuel expansion. As one example of the synergistic play of constraints, proponents point to the impact of peak oil, or the drop in the discoveries of new oil fields.

Proponents of this perspective say that while the central cause of the current economic crisis was the gyrations of an unregulated financial sector, the dynamics of peak oil contributed to it. The relative scarcity of new finds caused the price of oil to rise rapidly during the boom of the mid-1990s. However, when oil became too expensive, as it did in 2007, when it passed the \$140/barrel mark, it became a barrier to further economic expansion and contributed to the collapse of 2008. With oil prices falling owing to the recession, the stage was set for another round of economic expansion, though a weak one, in 2011, which has not been throttled later by rising oil prices again.

Interacting constraints will mean a reversal of growth in the now developed countries, while making impossible the achievement of high growth rates in the now emerging economies, which economists such as Nobel laureate Michael Spence sees as the new engines of international, global growth.

Let me just end by saying that while their views are often articulated in a doomsday tone, there is a lot to be said for the argument of the End of Growth theorists, that what we have now is more than an economic crisis to which the solution lies in finding a way to resume growth. What we are going through is a comprehensive crisis of fossil-fuel based, environmentally destructive capitalist civilization. From this perspective, the debate of whether to cut the deficit or to engage in a fiscal stimulus cum monetary easing is one that is framed in exceedingly narrow terms.

Maybe what is needed is the much larger debate of how we must organize the economy so as to achieve not just growth but also a more just distribution of wealth and a more benign relationship with the environment. There is a Chinese saying that we must turn crisis into opportunity. It would be tragic if we were to miss the historic opportunity to take advantage of the current global crisis to fundamentally restructure the way we organize our economic life. The challenge is to move beyond the economics of narrow efficiency, in which the key criterion is the reduction of unit cost, never mind the social and ecological destabilization this process brings about. It is to move beyond a system of economic calculation that, in the words of John Maynard Keynes, made "the whole conduct of life ... into a paradox of an accountant's nightmare."

An effective economics, rather, strengthens social solidarity by subordinating the operations of the market to the values of equity, justice, and community by enlarging the sphere of democratic decision making. To use the language of the great Hungarian thinker Karl Polanyi in his book

„The Great Transformation“, deglobalization is about "re-embedding" the economy in society, instead of having society driven by the economy.

So the question of the alternative to the current system that is in crisis is another topic. But let me simply say that shared principles of alternative economics do exist, and they have already substantially emerged in the struggle and critical reflection over the failure of centralized socialism as well as neoliberal capitalism. However, how these principles – the most important of which I have sketched out – will concretely be articulated depends on the values, rhythms, and strategic choices of each society.

Thank you very much.

Martina Neuwirth: Vielen Dank. Das war eine kleine Tour de Force: Einerseits hat sie wieder in Erinnerung gerufen, dass Krisen natürlich mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem zu tun haben, in dem wir leben, also den klassischen Zyklen von Aufschwung, Blasenbildung, und dann, wenn die Blase platzt, dem Abschwung. Und dann beginnt wieder alles von vorne. Auf der anderen Seite haben Sie davon gesprochen, dass es eigentlich etwas ganz Neues braucht, etwas Wertebasiertes, etwas, worüber wir wahrscheinlich noch lange diskutieren werden.

Eine kurze Frage: Wie realistisch sehen Sie so ein Szenario, denn auch unter ÖkonomInnen wird ja häufig über neue Wege diskutiert. Sie haben davon gesprochen, dass die Wirtschaft der Gesellschaft dienen sollte – und nicht umgekehrt. Aber wenn wir jetzt die Zeichen der Zeit sehen: Sehr viel hat sich seit dem Beginn der Krise ja noch nicht geändert. Sehen Sie realistische Schritte in Richtung einer grundsätzlichen Neuorientierung?

Walden Bello: Well, I think that we are in a period where the traditional paradigms have crashed. Clearly the paradigm of centralised socialism went away in the 1990s, the paradigm of neoliberal capitalism is now precisely in crisis. As I said, it seems to be very doubtful that the debate can be framed mainly as „Should it be stimulus and monetary easing?“ or „Should it be deficit reduction?“ So basically I think the neoliberals who are now in retreat, especially given the recent electoral events in Europe, do not have a solution, except to say: „Trust us, if we cut our deficits, if we cut back on debt, in the short term there will be pain but eventually this is the medicine that is needed by the economy, and eventually there will be a recovery for a more healthy economy.“ And, of course, people have basically said „No, we’re not taking your promise on that.“ People like Paul Krugman, for instance, say that the situation now is more stimulus and the restoration of growth.

I think there have to be some measures to be able to stop the slide of economy and to promote growth that will absorb people again into employment. Nevertheless, I think we have to reassess what kind of growth we want. If it’s the old kind of growth, which was “consume, consume, consume” in order to be able to keep up high growth rates – then I don’t think that the environment is going to be able to sustain this. So I think this is the limit of the Keynesian kind of approach at this point in time. So, with the old gods in crisis, this is a time when I am saying we must really be rethinking the way we organize our economic life. As I said early, we really need to get away from the view that is very strong in terms of the way people look at the economy, which is “Whatever reduces the unit costs of production is good.” This, I think, is a very narrow efficiency criterion for the way people should be relating to one another, the way they organize their economic relations to one another.

What I propose is this: Shouldn't we move towards effective economics, in which we have values that are very important to society, the key things that guide the creation of economic relations among people. So, there is no easy answer, I think that unfortunately, if we look at history, it does seem like we have to go through very painful crisis before we come out with new ways. But as I said earlier, the principles of alternative economics have already been articulated in so many ways over the last several years in the United States, in Europe, in Asia. It's not really looking for something new, it's bringing these things together. Saying that, we're not after something that will be more efficient than capitalist economics. Efficient capitalist economics is basically very destructive in the end. What we want to do is to lay the principle of economic life on an entirely new value basis and that's why economists hate us.

Martina Neuwirth: Ich komme damit zu Jürgen Kaiser, der – zumindest der Ausbildung nach – kein Ökonom ist, aber seit mehr als zwanzig Jahren die Schuldenkrisen verfolgt, und Finanzkrisen ziehen ja in den meisten Fällen Verschuldungskrisen nach sich. Ich denke, die Latte hat Walden Bello schon gelegt: Haben wir aus den vergangenen Finanzkrisen etwas gelernt oder sind wir immer noch auf Stufe 1?

Jürgen Kaiser: Vielen Dank. Ich möchte zu dem, was Walden gesagt hat, etwas aus einer ganz anderen Perspektive beitragen. Ich arbeite seit 15 Jahren für eine soziale Bewegung, die sich dafür interessiert, was die Schuldenkrise mit Menschen macht. Das sind Basisgruppen-Leute, die Weltläden haben und Kirchenpartnerschaften und die miterleben, wie ihre Partner an dem, was in überschuldeten Ländern passiert ist, gestorben sind, im wahrsten Sinn des Wortes gestorben sind. Und das ist die Frage, mit der wir als Erlassjahr-Bündnis, das übrigens gleichzeitig in Deutschland und Österreich Ende der 1990er Jahre gegründet worden ist, herangegangen sind und von der her wir auch versuchen, Antworten zu geben.

Ich will ein paar von diesen Antworten jetzt nennen, weil das Thema der Staatsüberschuldung natürlich ein Thema ist, das sich nicht nur am Ende der letzten Dekade abgespielt hat, sondern ein Thema ist, das jetzt mehr Konjunktur hat als jemals zuvor. Wir haben als Entschuldungsbewegung tatsächlich die Entschuldung einer Reihe von Ländern aus dem Kreis der ärmsten Länder in Asien, Afrika und Lateinamerika erreicht, haben aber gemerkt, dass einzelne Schuldenerlässe keine Antwort sind auf ein strukturelles Problem. Das hat Walden eben beschrieben: Der Kapitalismus hat nicht Krisen, sondern Krisen sind dem Kapitalismus immanent und Krisen kommen immer wieder. Und deshalb ist die Frage für uns, inwiefern sich Krisen notwendig wiederholen, wie mit ihnen umgegangen wird und ob man vielleicht aus der einen Krise etwas lernen kann für die nächste, die kommt.

Deswegen möchte ich versuchen, zwei der Krisen, nämlich die Schuldenkrise der Staaten der sogenannten Dritten Welt seit 1982 und die aktuelle Krise in der Eurozone, nebeneinander zu stellen. Wenn man sich fragt, ob die Krise sich wiederholt, dann muss man zuerst einmal sagen, dass am Anfang immer der gleiche Satz steht: „Staaten können nicht pleite gehen.“ Ich hätte diesen Satz jetzt darstellen können als ein schönes Originalzitat aus dem Mund von politischen Entscheidungsträgern im Europa der letzten fünf Jahre oder der letzten drei Jahre, nämlich seit Ausbruch der Krise in der Eurozone. Ich habe mich stattdessen für eine andere Herangehensweise entschieden.

Dieser Mensch, möglicherweise kennen Sie den nicht, war für uns einmal sehr wichtig. Es ist Hans Tietmeyer, in den 1980er und 90er Jahren Präsident der deutschen Bundesbank. Erlassjahr.de hat zusammen mit anderen NGOs dem Herrn Tietmeyer in dieser Zeit einen Brief geschrieben. Wir haben daran erinnert, dass Deutschland 1953 von seinen Schulden entlastet worden ist und einen weitreichenden Erlass bekommen hat - so wie ihn Deutschland und andere Gläubigerländer verschuldeten Ländern in Asien, Afrika und Lateinamerika verwehrt haben. Und was Herr Tietmeyer hier geschrieben hat, das ist ein bisschen symptomatisch für die Haltung, mit der man damals an die Krise heranging: „Als jemand, der lange Zeit in verantwortlicher Position an den Programmen zur Reduzierung der Schulden der Dritten Welt mitgearbeitet hat, glaube ich mir ein gewisses Urteil erlauben zu können. Nach meinem Urteil kann die Lösung der Schuldenprobleme nur im Rahmen differenzierter ökonomischer Anpassungsprogramme erreicht werden, nicht aber durch Vergleichs- oder Entschuldungslösungen, wie sie von Ihnen gefordert werden. Die Schuldenstrategie des Internationalen Währungsfonds zielt aber genau auf solche Regelungen, nicht dagegen auf einen isolierten Schuldenerlass, für den in Ihrer Anzeige“ – wir hatten damals eine Anzeigenaktion gemacht – „geworben wird.“ Das heißt: Der Schuldner hat sich anzupassen, hat seine Ökonomie so umzubauen, dass sie den Erfordernissen des Schuldendienstes entspricht. Der Satz war damals, 1993, schon nicht richtig. Es gab bereits die Möglichkeit, dass einzelne Länder unter bestimmten Möglichkeiten teilweise Schuldenerlässe bekommen konnten. Für die Mehrheit der verschuldeten Länder wars aber so, dass der laufende Schuldendienst refinanziert wurde, dass die Hilfe von außen also nicht darin bestand, dass Schulden erlassen wurden, sondern darin, dass Schulden, die gegenüber Banken und Regierungen im Norden bestanden haben, refinanziert worden sind, vor allem durch den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank. Das hat natürlich dazu geführt, dass diese internationalen Organisationen zu Gläubigern der verschuldeten Länder wurden. Dann gab es nach und nach, Schritt für Schritt, die Möglichkeit zu Teilerlässen der Bank- und Regierungsschulden. Ganz am Ende wurden dann die Schulden gestrichen, die eigentlich nur in die betroffenen Länder geflossen sind, um den Schuldendienst aufrechtzuerhalten, weil Staaten ja bekanntlich nicht pleite gehen können. Wenn man sich anguckt, was aus den ungefähr 30 Ländern geworden ist, die bisher unter diesem Programm zwischen 2000 und 2010 mit einer Streichung von bis zu 90 Prozent ihrer Schulden entlastet worden sind, den sogenannten HIPC (Heavily Indebted Poor Countries), dann sind sieben davon jetzt wieder in einer Situation, in der der IWF sagt, sie haben ein hohes Überschuldungsrisiko. Das heißt, wir sind wieder an genau der Stelle, an der dieser Krisenzyklus begonnen hat.

Wenn man jetzt mal danebenstellt, wie sich die Eurokrise zwischen 2008 und 2011 oder jetzt 2012 abgespielt hat, dann stand auch da am Anfang der Satz: „Staaten können nicht pleite gehen.“ Dass Griechenland einen Schuldenerlass bekommen sollte, wurde von allen, die Verantwortung trugen in der Eurozone, in Ihrem Land und noch etwas militanter in meinem, zunächst strikt zurückgewiesen. Die Folge war, dass als Reaktion der laufende Schuldendienst an die Gläubiger, vor allem die Banken in Deutschland und Frankreich – aber ich denke auch hier, in Österreich – durch eigens geschaffene multilaterale Mechanismen refinanziert wurde. Die kriegten neues Geld, um damit ihre alten Schulden zu bezahlen, was natürlich zunächst einmal an dem Schuldenproblem, an der Höhe, an dem Verhältnis von Schuldendienst und Wirtschaftskraft, überhaupt nichts geändert hat. Und das Ergebnis war vorhersehbar: Dass es nämlich einen Teilerlass geben musste, zu Lasten der Banken, die sich in Griechenland engagiert hatten – die berühmten 109 Milliarden, zu denen sich die Regierungen der Eurozone nach langem Zögern und vielem Verhandeln dann endlich bereit gefunden haben. Die vorläufig letzte Stufe, die Frage, ob Griechenland zahlungsfähig wird, ob Griechenland damit einen ökonomischen Neustart hinbe-

kommt, der es in die Lage versetzt, wieder ein normaler Teil der Eurozone zu sein, der nicht abhängig von den Finanzierungen der anderen Länder ist – die Frage ist durchaus offen. Der Schuldenerlass, den Griechenland bekommen hat, hat die Schulden im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt von ungefähr 170 auf ungefähr 120 Prozent reduziert. Die Tragfähigkeitsgrenze von Maastricht liegt bei 60 Prozent. Warum IWF und Troika und Bundesregierung und andere auf die Idee gekommen sind, dieser Schuldenerlass würde Griechenland reichen, das weiß keiner so richtig. Für uns ist aber wichtig in diesem Moment, dass am Ende wieder der Satz steht: „Griechenland ist einzigartig. Staaten können auch weiterhin nicht pleite gehen.“ Griechenland war demnach eine seltsame Ausnahme, was mit den Griechen, möglicherweise mit ihrem Nationalcharakter, zu tun haben könnte, aber keinesfalls damit, dass Staatsschuldenkrisen immer wieder vorkommen, wie Walden das beschrieben hat, für verschiedene Weltregionen. Es ist 2010 ein wichtiges Buch erschienen, von Carmen Reinhart und Ken Rogoff, das hieß „This Time Is Different“. Demnach waren die Griechen zahlungsunfähig und zwar mehr als 100 der letzten 200 Jahre. Trotzdem hält sich dieser Glaubenssatz mit einer ausgesprochen militanten Hartnäckigkeit.

Wie könnte eine Alternative aussehen? Ich will da jetzt Kunibert auf keinen Fall vorgeifen. NGOs und Akademiker, die an diesem Thema arbeiten, haben drei Prinzipien mehr oder weniger identifiziert, wie ein tatsächlich effizienter Umgang mit der Schuldenkrise von Staaten aussehen muss.

Das erste Element ist die umfassende Einbeziehung aller Forderungen an den Schuldnerstaat. Man kann nicht mit einem Teil der Gläubiger verhandeln. Wenn ein Staat insolvent ist, muss man mit allen reden.

Zweitens, es braucht eine unabhängige Beurteilung des Erlassbedarfs. Also, wie groß muss der Erlass eigentlich sein? Im Fall Griechenlands hat der Erlass gereicht, um die Schulden von 170 Prozent auf 120 Prozent zu reduzieren, was nicht gerade tragfähig ist.

Und es braucht vor allem, und das ist das zentrale Element, eine unabhängige Entscheidungsfindung über Schuldenerlass oder nicht. Es können nicht, wie im Fall der Troika, letztlich die Gläubiger über einen Schuldner zu Gericht sitzen.

Wie könnte in dieser Situation ein Weg nach vorne aussehen? Ich möchte drei Elemente für einen Reformprozess nennen, der vielleicht helfen kann, dass wir auf die nächste Krise, ob die sich in Europa oder in der sog. Dritten Welt abspielt, nicht genauso reinstolpern wie in die letzte.

Das erste ist: Wir brauchen eine eigenständige, aktive Interessensvertretung der verschuldeten Staaten. Ich habe zwischen Teilen meiner NGO-Karriere einmal für die Vereinten Nationen gearbeitet und hatte mit Regierungen in Zentralafrika zu tun. Ich habe festgestellt, dass es vor allem in den kleineren, ärmeren Ländern praktisch keine Kapazitäten gibt, über das hinauszudenken, was aus den reichen Ländern kommt. Wenn die Weltbank sagt, es braucht einen 50-Prozent- oder einen 30-Prozent-Schuldenerlass, dann haben die meisten Länder nicht die Möglichkeit zu sagen: Wir möchten aber, dass das unabhängig untersucht wird. Das ist eine ganz wichtige Voraussetzung, weil bei öffentlichen Schulden logischerweise die Regierungen, die am Ende die Schecks unterschreiben oder eben nicht, die entscheidenden Akteure sind.

Das zweite ist: Wir brauchen eine Reformdiskussion in Foren der finanziellen Global Governance. Die wichtigsten davon sind der Internationale Währungsfonds, die Weltbank und natürlich

die G20. Ich sage das nicht, weil ich erwarten würde, dass Institutionen, die selbst wie Weltbank und Währungsfonds Gläubiger sind, etwas schaffen könnten, was Entschuldung nach rechtsstaatlichen Prinzipien ermöglichen würde. Aber die Diskussion darüber ist eine wichtige und ganz entscheidende. Wir haben es im letzten Jahr geschafft, mit viel Basisarbeit und Mobilisierung und Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland die deutsche Bundesregierung dazu zu bewegen, die Forderung nach einem geordneten Staateninsolvenzverfahren in ihren Koalitionsvertrag zu schreiben. Und unsere Kollegen in Norwegen haben das gleiche erreicht. Ein ähnliches Commitment gibt es auf Seiten der argentinischen Regierung. Da bewegt sich eine ganze Menge. Aber das muss irgendwann zu internationalen, greifbaren Beschlüssen führen und da spielen diese Foren eine entscheidende Rolle.

Das letzte Element ist die katalytische Rolle von sogenannten *like-minded governments*, also von Regierungen, die verstehen, dass eine stabile, globale Finanzarchitektur, die nicht dauerhaft und anhaltend einen Teil der Weltbevölkerung zu anhaltender Verarmung verurteilt, ein wichtiger Gewinn auch für die eigene Volkswirtschaft, die eigene Bevölkerung ist.

Es gibt eine ganze Reihe von internationalen Organisationen, die an solchen Mechanismen arbeiten. Auf der kürzlich abgehaltenen UNCTAD-XIII-Konferenz in Doha, also der UN-Konferenz zu Handel und Entwicklung, gab es eine heftige Debatte darüber, ob eine Institution wie die UNCTAD, die nicht Weltbank oder Internationaler Währungsfonds heißt, ein Mandat haben darf, um über genau diese Fragen zu diskutieren und sich eine Meinung zu bilden. Da waren die reichen Länder, Ihres und meines eingeschlossen, der Ansicht, das sollte eigentlich nur in Währungsfonds und Weltbank stattfinden, also da, wo nicht das Prinzip „Ein Land, eine Stimme“ gilt, sondern das Prinzip „Ein Dollar, eine Stimme“. Der Spielraum für die UNCTAD wurde erhalten, aber wichtig ist, aus diesen gemeinsamen Anstrengungen etwas zu entwickeln.

Danke.

Martina Neuwirth: Herzlichen Dank für die sehr konkreten Reformvorschläge. Ich möchte gleich an Kunibert Raffer übergeben.

Kunibert Raffer: Dankeschön. Ich darf vielleicht anfangen mit dem Bekenntnis: Ich bin Ökonom, aber lieber Walden, ich hasse dich nicht, also nicht alle Ökonomen hassen euch. Die Frage nach der Lernfähigkeit: eigentlich nicht. Wiederholt sich die Geschichte? Leider auch nicht. Denn die Europäer haben es geschafft, es noch schlimmer zu machen. Wenn man zum Beispiel an den Stabilitätspakt denkt, der ja eine Beschränkung des staatlichen Spielraums einführt, der über das hinausgeht, was in den 30er Jahren passiert ist oder was in Lateinamerika durchgeführt wurde – dann fragt man sich, warum man eine negative Lernkurve haben muss bzw. warum unsere Politiker eine negative Lernkurve haben. Nun ist der Stabilitätspakt natürlich nicht in Stein gemeißelt. In dem Moment, wo die nächste Bank pleite geht, sind alle Sparvorhaben über den Haufen geworfen. Man muss dort sparen, wo es sinnvoll ist: bei den Mindestpensionen, bei der Bildung und bei ähnlich unnötigen Dingen, damit die Bonizahlungen an die Banker auch gerechtfertigt werden können. Die richtigen Anreize zur Herbeiführung der nächsten Krise sind einfach notwendig.

Vielleicht darf ich noch eine Bemerkung zum Londoner Schuldenabkommen 1953 machen. Interessanterweise waren unter den vielen Gläubigern, die Deutschland Schulden vergeben haben, neben Entwicklungsländern auch Griechenland und Irland. Man darf dazu sagen, dass Deutsch-

land bis heute nicht alle Schulden aus diesem Abkommen an Griechenland beglichen hat. Ich spreche von den Artikeln 5.3 und 5.2, deren Erfüllung bis heute von den Deutschen nicht befolgt und mit Tricks hinausgeschoben wurde. Man muss sagen, dass das bis in die 1980er Jahre politisch diskutiert wurde. Deswegen ist es in Griechenland viel mehr in Erinnerung als bei uns.

Was mich ein bisschen gewundert hat: die Reduktion durch diesen Schuldenschnitt. Denn eigentlich, nach meinen mathematischen Kenntnissen war das ja kein Schuldenschnitt. Das waren 100 Milliarden Euro an Streichung vom privaten Sektor weniger und gleichzeitig 130 Milliarden mehr vom öffentlichen Sektor. Das ergibt insgesamt eigentlich nicht wirklich weniger sondern mehr Schulden. Das heißt, die EU ist sogar in der Lage, einen Schuldenschnitt zu machen, nach dem der Schuldner wesentlich mehr Schulden hat als vorher. Auch das hat man in Lateinamerika und den anderen Ländern mit Schuldenschnitten nicht beobachten können. Die hatten tatsächlich ein bisschen weniger oder, weil der öffentliche Sektor ja immer gerne Geld hineinschießt, zumindest nicht mehr als vorher. Vor kurzem hat, glaube ich, Herr Van Rompuy von 160 Prozent gesprochen. Die 120 Prozent sollen erst 2020 erreicht werden, wenn alles gut geht. Jetzt spricht man schon von 120,5 Prozent. Jeder, der mit Ökonometrie etwas zu tun hat, weiß, dass eine Vorhersage von 120,5 Prozent für 2020 extrem dubios ist. Das zeigt offenbar nur an, dass man die 120 Prozent schon selbst nicht mehr glaubt. Es gibt im Übrigen ein strikt vertrauliches Papier der Troika vom 21. Oktober 2011. Darin glaubt die Troika, dass die griechischen Schulden bei 186 Prozent des BIP im Jahr 2013 ihren Kulminationspunkt haben werden und dann auf 152 Prozent bis Ende 2020 und 130 Prozent nach 2030 fallen werden.

Was sich mir auch aufdrängt: Wozu wurde das Geld gebraucht? Wenn nämlich zu Beginn der Krise genau jene Schulden, die fällig geworden wären, durch öffentliches Geld revolviert worden wären – das heißt, es kommt öffentliches Geld herein, man zahlt die privaten Gläubiger aus –, dann müsste der Schuldenstand ja gleich geblieben sein. Da können Sie sagen: Na gut, aber das griechische BIP [*Bruttoinlandsprodukt*] ist ja massiv gefallen in den zwei Jahren. Daher kommt beim gleichen Schuldenstand, dividiert durch ein geringeres BIP, natürlich eine höhere Prozentzahl heraus. Stimmt, dann sind wir auf 140 Prozent. Wo ist der Rest hin? Da können Sie sagen: Gut, es wurde etwas zugeschossen, weil die Griechen nicht in der Lage sind, die Zinsen oder etwas aus dem Budget zu bedienen. Trotzdem, ich glaube, dass alles mit rechten Dingen zugegangen ist. Das glaube ich ja immer. Aber ich würde doch gerne als Steuerzahler wissen, wohin das Geld gegangen ist.

Es wäre auch die Frage, warum zum Beispiel selbst die USA an ihrem Bankenrettungskonzept verdienen, zum Teil gar nicht so schlecht, während wir mit unserem Bankenrettungspaket dazuzahlen. Warum hat man die Kredit-Ratingagenturen nicht ein bisschen an die Kandare genommen? Sie sind ja nur so mächtig, weil unsere Politiker und Politikerinnen und unsere Regulatoren mit ihren Gesetzen und Normen sie so mächtig gemacht haben. Auch hier ist im Prinzip nichts passiert, im Gegenteil. Sowohl der EFSF [*Europäische Finanzstabilisierungsfazilität*] als auch der ESM [*Europäischer Stabilitätsmechanismus*] haben sich noch mehr diesen Ratingagenturen unterworfen, die ja schon die Subprime-Papiere so korrekt mit Triple-A bewertet hatten. Und es zeigt sich hier, dass man gerade bei Griechenland von einer Lösung der Krise immer weiter entfernt ist. Je länger die öffentlichen Gläubiger in Griechenland herumschustern, desto weniger wahrscheinlich wird eine Lösung, was während einer Krise wegen der schlimmen sozialen Auswirkungen sehr unangenehm ist.

Was sollte man tun? Tja, wenn das Geld weg ist, dann muss man das auch anerkennen. Das heißt, die Insolvenz besteht ja darin, ex definitione, dass der Schuldner nicht mehr alles, was er zahlen soll, auch zahlen kann. Sie kann nur dadurch behoben werden, dass die Zahlungsverpflichtungen des Schuldners angeglichen werden an das, was er tatsächlich zahlen kann. Und das sollte in Griechenland erfolgen.

Mein Lieblingsrezept ist natürlich mein eigener Vorschlag, von den Professoren Streeten und Galbraith „Raffer Proposal“, also Raffer-Vorschlag, genannt. Worin besteht der? Es gibt ein Insolvenzrecht für öffentlich-rechtliche Schuldner in den USA. Das ist ganz interessant: Bei uns, auch in Deutschland, wo ja viele Kommunen mehr oder weniger pleite sind, hält sich die Meinung „Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch Verstand“. Wenn es aber eine gewisse Inkongruenz der Zuteilung zwischen Verstand und Amt gibt, dann können in den USA auch z.B. Gemeinden, Stadtgemeinden und ähnliches, also öffentliche Schuldner, in den Ausgleich gehen – in Konkurs lässt man sie ja nicht gehen.

Das Modell dafür ist das sogenannte Kapitel 9 aus dem US-Kodex. Das beinhaltet einige sehr schöne Sachen. Erstens: Die Staatssphäre des Schuldners wird bedingungslos geschützt. Das Gericht kann nur soweit eingreifen, als der Schuldner es erlaubt. Das ist sehr ähnlich der Souveränität im Völkerrecht. Und natürlich muss der Schuldner im Verfahren aus ökonomischen Gründen Zugeständnisse machen, denn sonst stimmen die Gläubiger einem Vergleich nicht zu. Daher ist dieses sehr starke Recht ökonomisch schon stark konditionalisiert.

Zweiter Punkt: Da es sich um einen öffentlich-rechtlichen Schuldner handelt, hat die betroffene Bevölkerung, die mehr zahlen soll, ein Anhörungsrecht. Das Gericht muss nicht tun, was sie sagen, aber es muss sie anhören. Darüber hinaus kann, muss aber nicht, das Gericht jedem und jeder Interessierten ein Anhörungsrecht gewähren. Ein sehr öffentliches, sehr transparentes Verfahren.

Dritter Punkt: Es gibt eine Entscheidung des Supreme Court, dass die Idee, man könne eine Municipality, also eine Stadtgemeinde etwa, übernehmen und zugunsten der Gläubiger administrieren, absolut unzulässig ist. Denn eine Municipality, um beim juristischen Begriff zu bleiben, ist ein öffentlich-rechtliches Gebilde, eine Gebietskörperschaft, würde man in Österreich sagen, und hat öffentlich-rechtliche Aufgaben. Ein Minimum an öffentlichen Aufgaben, Sozialausgaben und Ähnliches, muss weiterhin gesichert bleiben. Auch das würde sich sehr gut eignen für den Fall von Griechenland.

Weitere Basispunkte meines Modells: Alle Forderungen gehören hinein. Auch die Schulden bei multilateralen Gläubigern müssen gleich und dürfen nicht besser behandelt werden als alle anderen Schulden. Ein gleicher Schnitt für alle Gläubiger. Mittlerweile tendiere ich fast dazu zu sagen, man sollte die multilateralen Gläubiger eher mit Nachrang versehen.

Was das unabhängige Entscheidungsgremium betrifft: Im Völkerrecht gibt's dazu seit Jahrhunderten das Instrument der Schiedsgerichtsbarkeit. Beide Seiten benennen eine oder zwei Personen, die eine dritte oder fünfte benennen, und wir haben das Panel.

Was würde das Schiedsgericht tun? Das würde ja nichts anderes tun müssen als das Verfahren leiten, sehen, dass die Grundprinzipien des Kapitel 9, auf Grund dessen es ja errichtet wurde, eingehalten werden, sich selbst prozedurale Vorschriften verordnen. Die Bevölkerung müsste

natürlich vertreten werden, man kann nicht 200 Millionen Brasilianer anhören, sondern diese würden vertreten durch Gewerkschaften, Arbeitgebervertreter, religiöse und Nichtregierungsorganisationen, vielleicht auch durch internationale Organisationen wie die UNICEF. Ich bin überzeugt, es würde am Ende des Prozesses eine Lösung stehen, bei der das Schiedsgericht nur mehr Kleinigkeiten entscheiden muss. Wenn die Gläubiger etwa 10 Millionen mehr wollen, muss man halt sagen „Nein, 5 Millionen mehr, das ist es.“ Das wäre sozusagen die „cram down“, wie die Amerikaner das nennen, die Autorität des Gerichts. Das große Bild aber würde sich durch die offene Diskussion, das Belegen der entsprechenden Forderungen und die Prüfung dieser Forderungen einfach von selbst ergeben.

Hätte man das in Griechenland gemacht, gleich am Anfang, im Jahr 2010, dann sähe es besser aus. Ich glaube nicht, dass Griechenland damals 50 Prozent Schuldennachlass gebraucht hätte, da hatte es 120 Prozent im Verhältnis zum BIP. Vielleicht hätten 45 oder 40 auch gereicht. Aber auch mit 50 Prozent wäre der private Sektor besser dagestanden, hätte weniger verloren als jetzt.

Man hätte natürlich alternativ auch einen anderen Vorschlag herannehmen können und zwar haben Gros und Mayer - Mayer war Chefökonom der Deutschen Bank - 2010 eine Streichung von 50 Prozent der griechischen Schulden (damals praktisch ausschließlich gegenüber privaten Gläubigern) vorgeschlagen. Damit wäre Griechenland auf 60 Prozent Schulden zum BIP gekommen, sprich Maastricht-konform. Diese 60 Prozent sollen durch einen Europäischen Währungsfonds garantiert werden, hinter dem die (finanziell potenten) Mitglieder des Euroraums stehen, sodass die privaten Gläubiger, die 50 Prozent verloren haben, die restlichen 50 Prozent praktisch garantiert hätten. Der Europäische Währungsfonds kümmert sich dann um die Politik Griechenlands usw. Da sind Sachen dabei, die mir wieder nicht so gefallen, weil hier wieder die Gläubiger über den Schuldner richten. Das ist also eine Missachtung jeglicher Rechtsstaatlichkeit, wäre auch woanders nicht denkbar außer bei Staaten. Aber immerhin, hätte man Gros/Mayer umgesetzt, ginge es den Griechen besser und den Steuerzahlern und Steuerzahlerinnen der Länder, die nutzlos öffentliches Geld in Griechenland verbrannt haben. Es ginge auch den Kapitalmärkten besser und die europäischen Mitgliedsländer hätten leichteren Zugang zu diesen. Den ESM jetzt noch gesetzlich, im Euroraum zumindest, eine Präferenz gegenüber anderen Gläubigern zu geben – also zuerst kommt Währungsfonds, dann ESM, dann alle anderen - wird den Zugang zum Kapitalmarkt für alle Länder in Gefahr bringen. Vor allem für schwache Länder wird das sicher Auswirkungen haben. Wie man den Kapitalmarkt für die öffentliche Finanzierung derart mutwillig zerstören kann, ist mir nicht klar, aber ich bin eben leider nur Ökonom und kein Psychopathologe. In diesem Sinn danke ich Ihnen herzlich.

Martina Neuwirth: Danke. Zur Psychopathologie haben zwei andere Ökonomen, nämlich Carmen Reinhart und Kenneth Rogoff in ihrem Buch „Dieses Mal ist alles anderes“ geschrieben, dass Politiker die Zeichen an der Wand nicht sehen, wenn sich eine Krise anbahnt, und dass auch Profitgier und Ähnliches eine gewisse Rolle spielen. Dieses Syndrom ließe sich mit allen Reformen und Regulierungen nicht in den Griff bekommen kann. Das war nicht sehr ermutigend.

Ich möchte Sie jetzt herzlich einladen, Ihre Fragen und Kommentare zu stellen.

Publikum: I'll speak in English. Well, I had the feeling the two discussants were not really speaking directly to the previous speech. They focused basically on the end result of the build-up of imbalances and how to deal with that. While, I think, Mr. Bello discussed a much deeper, wider

ranging issue of what leads to a continuous reemergence of big imbalances within a country or across countries - the three modes by which these big imbalances develop – globalisation, de-regulation (which I think in the context of developing countries is very much linked with opening up of capital accounts) and financialization. I think what he points towards, is that something is brewing in the global economy much beyond Europe because while we focus on the growth of inequality in the US and partly Europe, there is an enormous push towards inequality in emerging economies. And the economic interests which maintain that and probably also follow the rather successful example of benefiting very strongly from an output orientation, an export orientation. There is something brewing in the most successful countries of the developing world, so I found it interesting that Mr. Bello pointed towards the next potential crisis.

Publikum: Walden Bello put a question mark on the issue of growth. Are we at the end of growth? But he did not openly speak of de-growth. I would like to better understand how he would differentiate his position from the so-called de-growth-movement.

Publikum: Wir haben ja schon einige Vorbilder gehabt, wie Krisen bewältigt werden. Argentinien wurde genannt. Was mich aber in der jetzigen Schuldenkrise interessiert: Es gibt den Schuldner und es gibt auch die Gläubiger. Wer ist denn das? Wer bekommt denn oder wer erwartet denn die Rückzahlungen? Und was ist, wenn man alle Staatsschulden streicht?

Kunibert Raffer: Well, since nearly everyone is talking English, maybe I should do that, too. I confess, I am guilty of not having said it but basically I agree with Walden Bello. Therefore, of course, there was no point in harping on that. But one point where I disagree is that I think mending the fence of the financial sector right now is important because it's very urgent. Whereas the problems in the field of the environment, of resources, though very important too, are not as urgent as the problem of the financial crisis. Not just in Europe, but also in some countries that have received considerable debt relief under a not totally appropriate system, such as MDRI [Multilateral Debt Relief Initiative] etc.

There was one other point I didn't mention: Asia has learned from the Asian Crisis, especially Korea, maybe finally even Indonesia that obeyed the IMF much too strictly and too long. The moment they could again manoeuvre themselves, they did quite the opposite of what the IMF had told them. They just changed. Taiwan, India and China hadn't liberalized, they had no problem. Malaysia did not follow the recommendations of the IMF and mastered the crisis fairly well. So they have learned and what they learned was that you need money not to have to go to the IMF. Therefore they accumulated an enormous amount of foreign exchange. And now they are accused of having caused global imbalances – considering that the IMF forces poor countries to keep a surplus of foreign exchange that exceeds by far what would be necessary.

Alle Schulden streichen? Warum sollte man alle Staatsschulden streichen? Ein Schuldenkontrakt ist ein Kontrakt, der im Prinzip, *pacta sunt servanda*, zu wahren ist. Nur, wenn das nicht mehr möglich ist, ohne den Schuldner zu einem unzumutbaren Härtefall werden zu lassen, dann muss natürlich hier etwas greifen: ein Schutzmechanismus für die Menschenwürde und die Menschenrechte der Schuldner. Das nennt man normalerweise ein Insolvenzverfahren. Früher war das nicht so, im alten Rom konnte man Schuldner töten, später gab es Sklaverei und Gefängnis. Mittlerweile tut man das nicht mehr, man sagt: Wenn ein Schuldner insolvent ist, dann hat der Schutz seiner Menschenwürde einfach Vorrang, auch vor den berechtigten Forderungen der Gläubiger. Dann muss der Schuldner so viel behalten dürfen, dass er auch überleben kann. Zum

Beispiel ein Wintermantel darf ihm in Österreich nicht weggenommen werden. Und das könnte man auch auf Staaten anwenden. Daher ist es nicht notwendig, 100 Prozent der Schulden zu streichen. Man muss so viel streichen wie notwendig ist, damit das Land wieder ökonomisch auf den eigenen Füßen stehen und die nötigen Ausgaben tätigen kann.

Wer sind die Gläubiger? Bekannterweise, vor allem im Fall von Griechenland, in zunehmender Weise Hedge Funds, die sich über jedes Rettungsprogramm freuen. Es gibt natürlich auch andere Gläubiger, aber viele Erstgläubiger haben Schuldtitel bereits mit Verlust abgestoßen. Diese wurden von den Hedgefonds aufgekauft.

Jürgen Kaiser: Ich möchte zu zwei Punkten etwas sagen. In Ergänzung zu Kunibert: Es gibt natürlich noch einen zweiten Zugang zu der Notwendigkeit, dass Schulden gestrichen werden. Das eine ist die Möglichkeit, die er angesprochen hat - Schulden sind nicht tragbar, schränken die Realisierung von Menschenrechten ein und müssen deshalb reduziert werden auf ein bestimmtes Maß. Oder man kann auch in Frage stellen, ob Schulden überhaupt rechtmäßig zustande gekommen, also ob sie legitim sind. Wir haben als Entschuldungsbewegung zusammen mit unseren Kollegen in Lateinamerika im Jahr 2007 bis 2009 in Ecuador einen Schulden-Audit durchgeführt und haben durchaus kritische Fragen zu dem, was in den 20 Jahren vorher unter einer durchaus lebendigen Komplizenschaft zwischen Geldgebern und den damals Herrschenden in diesem Land an Krediten über den Tisch gegangen ist. Es also zwei Zugänge dazu zu sagen, eine Schuld sollte bezahlt werden oder sollte eben nicht mehr bezahlt werden. Aber in beiden Punkten ist der Angelpunkt, dass es so etwas wie rechtsstaatliche Verhältnisse geben muss, nach denen diese Entscheidung letztlich fällt. Denn am Ende muss es immer einen geben, der sagt das ist legitim oder das ist tragbar.

Zweitens, der Kommentar, wir bewegen uns hier innerhalb des Systems. Ich glaube, es ist eine schwierige Frage in diesen Zeiten zu sagen, was ist eigentlich systemüberwindend und was bewegt sich innerhalb des Systems. Ich glaube der Vorschlag, den Kunibert gerade vorgestellt hat und den wir beide seit vielen Jahren in die Wirklichkeit zu übersetzen versuchen, den würde ich nicht auf die eine oder die andere Seite legen wollen.

Ein bisschen steht ja hinter dieser Krisengeschichte, die sich permanent wiederholt, die Verabsolutierung von Gläubigeransprüchen. Das ist etwas, das kann man teilweise mit theologischen Begriffen fassen, wie der Rang, der dem Anspruch eines Gläubigers eingeräumt wird. Und worauf der von uns vorgestellte Vorschlag hinausläuft, ist genau diese Rechte einzuschränken und sie einer höheren, rechtlichen Norm, nämlich den Menschenrechten, der Realisierung der Menschenrechte, zu unterwerfen. Ehrlich gesagt, ich halte das für systemüberwindend, aber das ist natürlich eine Frage, die jeder für sich beantworten muss.

Walden Bello: I fully agree with Jürgen and Kunibert that you really need to institutionalize such a mechanism at this point globally. A mechanism that would basically aim at settling the relationship between debtors and creditors in a very fair way, without destroying the debtor and having a lot of collateral damage.

One thing that I would advance here is a principle that underlies what Kunibert and Jürgen have said and this is that under such rules and mechanisms the burden of the process must be shifted from the debtor to the creditor. I say that because the last few financial crises have really been supply-driven crises. It has really been the dynamic of the financial sector, desperately seeking

areas of profitable expansion that has been at the center of the crises. And I think that the idea that it's a demand-side crisis, in which countries went out of their way in order to be able to contract debt to enable their populations to live beyond their means - which is the imagery that is associated with the apparent Greek crisis - is not in fact the case. I think countries like Greece were drawn into this massive process of carrying such massive debt because of the dynamics of the financial sector, because of the needs of speculative investors. So I would contend very strongly, since this is a supply-driven, speculative-driven crises, let's put a massive burden of absorbing the costs of the crisis on the creditors rather than the debtors.

You know, when the Greek crisis started, you often heard the analysis that Mediterranean countries like Greece, in order to maintain their hedonistic lifestyle, lived beyond their means, incurring debt from the puritanical northern countries that knew how to manage their lifestyles. I mean, it was amazing, this imagery, because it was the same thing that was being pushed on developing countries to explain our debt crises in the 1970s, 80s and 90s: That we were living beyond our means and that the IMF was now coming in in order to tell us that this is the medicine that we would have to swallow. Completely without understanding international structural crisis of the massive drive of speculative capital that drew us into this net of debt. And I think the analysis that I presented really puts the burden on the process of financialization, in trying to explain what has happened with respect to Europe, Asia and the United States.

The question on China: In the United States and in Europe many analysts like Michael Spence, the nobel laureate, say: Europe and the US have to work themselves out of mountains of debt, they have ceased to be the centers of the global economy, and in fact other new centers must be the ones to pull the global economy and the US and Europe out of recession. And that the BRICS – Brazil, Russia, India, China, South Africa – are dynamic in growth and that they will be the center of globalization and global growth. But as I said earlier, this is an illusion. If you really look at China, the big fight within the Bureau [Political Bureau of the Central Committee of the Chinese Communist Party] at this point is really a political-economic fight between those who basically say: We have to have a restructuring so that we shift to domestic demand, which means income-redistribution of a major sort, versus those interests that would want to maintain the old pattern of export-oriented industrialization, squeeze the peasantry, squeeze the workers in order to be able to serve this industrial process of economic growth.

Although, in the last few years, you've had statements from Beijing, the leadership that said: "Okay, we are now going to shift to demand-centered growth" – in fact, as Yu Yongding has pointed out, that has not happened. And the reason it's not happened is that it's not just a policy question. Interests have built up around export-oriented growth – foreign investors, technocrats, key people in the communist party, the new bourgeoisie. And when interests come into play, it's very hard to change. And so this is really why I'm very skeptical about this idea that the BRICS or China provide the new center that will lift the global growth and the US and Europe out of recession. And in fact it does seem that that's being proven right now by the slowing down of Chinese growth itself. Of course there are all sorts of political events happening as the recent arrest of Bo Xilai. The representatives of a new way in China have lost, at least temporarily. Therefore the export-oriented kind of growth will continue. I think the Chinese leadership is still waiting for recovery in Europe and the United States – just like the Bolsheviks used to wait for the revolution in Germany in the 1920s.

In my analysis, I was borrowing from Karl Polanyi in "The Great Transformation" where he said that the development of market capitalism was a process whereby the economy and the market

– which used to be encapsulated and controlled by values, by which it was embedded in the social fabric – was disembedded and gradually the market as a system began to drive society and the other systems of society like politics, culture etc. So the growth of capitalism according to Karl Polanyi has been a process of disembedding the market. According to Polanyi, this process was reversed in the first instant in the 1930s and 40s, when basically you had this major move during the depression to bring the state in again, in order to be able to control the market and to regulate it. So I think that was the Keynesian kind of revolution in which government came in again. The situation is, of course, that in the 1980s, we had another process of globalization or disembedding – now on a global scale – the global market. I think the process of globalization, again, has hit its limits and now there is a counter move caused by crisis. The series of crises, even the great crises we have right now, call for a solution: We must reembed the market in society. We must again bring in the values of community, justice, solidarity as the key things that structure our economic relations.

In terms of strategic perspectives this probably is what we need at this point. To see this as a way by which we elaborate our concrete economic strategies, including debt strategies, within this larger movement to control the market, to control the private sector, to control capitalism.

I really haven't given much thought on "de-growth vs. de-globalization". My own sense is that a certain level of sustainable growth is necessary for the South, for the developing countries. But it should be moved away from just being measured in GDP [*Gross Domestic Product*] terms, we must have new indicators of sustainable development or sustainable growth. Developing countries need to be able to grow in ways that allow them to be able to lift people out of poverty and reduce inequality, to make them full participants in the international economy.

In the developed countries, growth was driven by overconsumption with respect to the planet. A lot of this growth in the developed countries was really based on the crisis of developing countries. The North-South thing I think is still valid. So I think that at this period of crises, we must not lose sight of the fact that there has to be done something with respect to the consumption levels in Europe. Consumption should no longer be seen as something that is sacred. As even the Keynesians say, consumption is the key to economic stability. I would say that de-growth is certainly something that is extremely relevant for the developed countries at this point, whereas a space for sustainable growth should really be there for the South.

Publikum: I want to go back to the question that's already been asked from the floor that was: Who is the creditor? You mentioned hedge funds. I remember ten years ago, we had this analysis that globalization is increasingly being driven by ourselves. The hedge funds – and I don't know in how far this is true in the present crisis – are being driven by pension funds. With the collapse of Lehman Brothers, those who lost were to a great deal people like us, middle-class people, or poor people who had invested their pensions.

Publikum: There is a difference between national economies that have a national currency and national economies that do not have a national currency. In the case of some of the BRICS, especially China, we talk about their tremendous reserves in foreign currency while nobody talks about them printing their own currency for basically internal use. There is a dichotomy between Greece and the United States who are able to print as much money as they want.

The second question: I once witnessed about half the elite of Bhutan coming to the UN and basically speaking about well-being and happiness and a completely different way of measurement compared to the rational way in which GDP is used for measuring economic development.

You mentioned a lot about sustainable development and things like that. Now can also expand on this aspect – how we measure it.

Jürgen Kaiser: I would just like to add one thing to the question relating to „Who are the creditors?“ I would not pretend to give the full picture, my academic colleagues would be in a better position to do so. For the countries that we in “Erlassjahr” are most interested in, which are the poorer countries in the developing world, there is one tendency which is a real cause for concern in our view. That is, the spectrum of creditors is in fact broadening. Developments that have been referred to, like the stronger role of hedge funds, do not play an important role for them. From their perspective, what becomes more important is the role of so-called “new lenders”, first of all the emerging countries, like the BRICS. There were times when we lobbied for debt relief for Indonesia. Indonesia today is, for regional East Asian countries, an important creditor, so is Brazil and even more so is China. And they very often are far less transparent in what they are doing than the OECD countries, because there are standards we have been fighting for and kind of obtained.

That is a real problem, one that gives additional stress to the coherence problem that we try to resolve through this “Fair and Transparent Debt Arbitration” mechanism. This is something that gives impetus to the need to have everybody on the table while negotiating. How this can be resolved and how everybody can be brought together – that’s still something that we’ll have to think through. From the perspective of those countries, this is even more important than the problems in dealing with private lenders that we have here in the Eurozone.

Kunibert Raffer: Who is the creditor? Well, I just said, increasingly they are hedge funds but of course you have others, banks. I think pension funds are exaggerated. This is an American situation. We don’t really have pension funds in Austria. In Europe you still have the pay-as-you-go system to a large extent, not in the UK of course, but in the rest of Europe. There is not a lot of pension fund money available. American and other pension funds have invested in Argentina. But even there they were not the main creditor group. You also have to say that banks have been lured by our regulators, especially by Basel II and Basel I, into having for instance Greek papers.

Now, coming to the question that creditors should lose, there is one point which is important. In an insolvency procedure, only debts that are legally well-founded are dealt with, because any other debt is eliminated before the process starts. This I already recommended in the 1980s. It’s absolutely necessary and it’s absolutely normal, I would say.

I would agree that the financial sector has been looking for outlets and again our politicians have encouraged investment in the financial sector: You pay less taxes. You pay 25 per cent if you invest financially, but you have a marginal tax rate in Austria of 50 per cent if you really go into the production sector, invest there and earn the same amount of money. This is a very wrong incentive. And looking at the countries, in Asia, in Ireland, in Iceland: It was not the government that lived beyond its means. It was the private sector that speculated, went belly-up and was then, unfortunately, saved by the government. In Iceland, there were two referenda and Iceland has by far not taken over all the debts that were incurred by the three Icelandic banks. Krugman, in one of his New York Times columns, advised the Irish to do the same. Unfortunately, they did not take a good economist’s advice. They should have done it.

Now, Greece is of course another case, because by becoming a member of the Euro group, they got money at an interest rate they should not have gotten any money at. This of course increased and exploded, so to say, the total debt exposure they had. That would not have happened if the EU and the other Euro countries had behaved correctly. So, there is of course the interest of the financial sector, and they were lured into taking Greek, Italian and Portuguese papers, as I already said.

Now the last point to Latin America: I see Latin America slightly differently because I read a small paper by Lee Buchheit. Lee Buchheit is a lawyer who has been in practically any debt restructuring. He was anywhere, you call it: Iraq, Greece, whatever. He always had these countries as clients. And he said the following: At the beginning of the debt crises in Latin America, the banks went to the US Treasury and said "Listen, we need money from you." And the Treasury said: "You're not going to get it. I know that if Latin America now defaults, Wall Street would be practically wiped clean of banks. So we are not going to let that happen. We're going to buy you time. We let in the IMF, we let in the World Bank, we'll finance it through and you yourself" – 'forced lending' was the word – "are going to finance, too. And once you have accumulated enough reserves, loan loss reserves, to be able to adjust the losses, then you will have to take it." This happened when Brady presented the so-called Brady Plan, which was a copy of a plan made initially by the minister of finance of Brazil, Bresser Pereira. So in Latin America, the treasury of the US behaved in a fairly rational way compared with the way the EU and our governments behaved in Greece. I think this also has to be said, one has to be just and fair to the Americans, too.

Walden Bello: Well I think it was a very interesting comment by Kunibert regarding the quote "rationality" by the Americans. I think it was also in their self-interest, right? Because it were mainly American banks that were super-exposed in Latin America...

Kunibert Raffer: Yeah. They had no loan loss reserves.

Walden Bello: ... Yeah, right, and Citibank would just have collapsed completely if they moved unilaterally in Latin America. Or, as was proposed by Fidel Castro, we all get together for a debtors' cartel. I think the Brady Plan was an effort to foreclose any sort of attempt of that kind of debtors coming together.

Who are the creditors? Well I would say we really need to look at the people who make the decisions. Almost everybody who is in the formal economy has money in banks. I think it is the people within the financial elite that are really key and they should really be seen as the creditors instead of individuals who contribute to pension funds and don't really know what's happening. They in fact thought that their money is safe and then suddenly, Boom! So I think we really need to focus on the global financial elites that make the key decisions on this. And I fully agree with Kunibert that governments, in terms of trying to gain competitive advantage for their financial elites, in fact make certain decisions that would favour their financial sectors more than others. So governments definitely are implicated in this whole process.

The question of GDP being a measure of growth: I think that this has undergone a lot of criticism already and in fact people like Joseph Stiglitz have come up with studies that would propose new ways of measuring real development that would factor in the negative effects of ecological damage. You have to factor in ecological damage and if you do that, then it would seem that

you're really registering negative growth rather than positive growth. That process is well under way at this point and I think a number of UN agencies are in the process of trying to move towards revising measurements of real development, away from the GDP into something else. The Human Development Index, I think, associated with UNDP [*United Nations Development Program*], was at least a first approximation of this effort to measure real social welfare.

So with respect to Bhutan, the Gross National Happiness Index: I'm not exactly sure what to do with such measures, because a lot of this is really quite spontaneous, temporary psychology. And I'm a bit skeptical because if you look at measurements of happiness, often the Philippines rank very high in terms of people being happy, but at the same time there is just tremendous poverty and tremendous inequality, people dying young, malnutrition and everything. So, with regards to Gross National Happiness, I would be uncomfortable with the way that it's tied in to a psychological state that does not reflect real conditions of people. Bhutan is not exactly what I would consider to be an ideal political economy, still being tied up basically with a very feudal mode of production. I'll end there because I hesitate to say more about Bhutan.